

Laufende Nr. 8: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1771**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 9: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1774**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 10: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1775**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 121: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1772**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 122: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1773**. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 20**. Wer ist für diesen Einzelplan? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Einzelplan mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Einzelplan 03**:

Innenministerium

Wir beginnen mit dem **Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“**.

Ich erteile Herrn Dr. Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen jetzt über die in Haushaltszahlen geronnene innenpolitische Jahresbilanz der schwarz-gelben Landesregierung. Wir erinnern uns an die wichtigsten Wahlkampfaußagen von CDU und FDP, die noch nicht einmal zwölf Monate alt sind.

Sie lauteten: Erstens. Es sollte keine weiteren Kürzungen bei den Einkommen der Polizeibeamten geben. Zweitens. Die innere Sicherheit sollte von Kürzungen im Landeshaushalt ausgenommen werden. Drittens. Es sollten mehr Polizeibeamte eingestellt werden. Viertens. Es sollten zwei Reiterstaffeln aufgebaut werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wenn man auf die Bilanz schaut, Herr Innenminister, haben Sie weder Kosten noch Mühen gescheut – beim letzten Punkt. Der Aufbau der zwei Reiterstaffeln hat einmalige Kosten in Höhe von 1,235 Millionen € verursacht und zieht nach Ihren Angaben jährliche Gesamtkosten von rund 2,1 Millionen € nach sich – eine Summe, mit der sich 60 Polizeibeamte im gehobenen Dienst bezahlen ließen. Bis 2010 – also bis ans Ende Ihrer Regierungszeit – werden sich die Ausgaben für die, wie Sie sie nennen, hoheitlichen Reiter auf privaten Pferden auf dann mindestens 10 Millionen € belaufen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, war bislang aber auch der einzige originäre Beitrag von Schwarz-Gelb zur inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen: der Aufbau von zwei Reiterstaffeln, die zur Fußball-WM bedingt einsatzbereit sind und bei denen nach heutigen Pressemitteilungen die Hälfte der Pferde ausgemustert werden musste.

Wir hätten es lieber gesehen, Herr Minister, wenn Sie Ihre Anstrengungen in gleichem Maße auf die Einführung des Digitalfunks für die Fußball-WM gerichtet hätten, denn die nordrhein-westfälische Polizei braucht im 21. Jahrhundert nicht Zaumzeug und Satteldecken, sondern eine moderne digitale Ausrüstung.

(Beifall von der SPD)

Was die anderen drei Punkte, Ihre anderen drei großen Wahlversprechen angeht, so gilt einmal mehr: Sie tun nicht, was Sie sagen, und Sie sagen nicht, was Sie tun. Oder kürzer und einfacher: versprochen – gebrochen.

Erstens. Die von der SPD geführten Landesregierung in den Jahren zwischen 2003 und 2005 vorgenommene Absenkung des Weihnachtsgeldes bei Beamten, also auch bei Polizeibeamten, haben Sie – das ist uns und anderen auch noch in guter Erinnerung – als Sonderopfer angegriffen und angekündigt: Mit Ihnen werde es dergleichen nicht mehr geben.

Inzwischen wissen wir: Sie sanieren den Haushalt auf dem Rücken von Polizeibeamten, denen Sie das Weihnachtsgeld nicht nur weiterhin, sondern noch stärker kürzen, nämlich auf 30 % – und das bei einer ganzen Reihe von Belastungen, die den Beamten in den letzten Jahren auferlegt werden mussten.

Ich glaube, Herr Innenminister, Sie haben Ihren Job offensichtlich missverstanden: Sie sollen eigentlich den Fahndungsdruck auf Kriminelle und

nicht den sozialen Druck auf Ihre Polizeibeamten erhöhen.

(Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang ist es ein besonderes Ärgernis, dass der Polizeihauhalt nach der Einführung der zweigeteilten Laufbahn immer noch 600 Stellen der Besoldungsgruppe A 7 und 1.750 Stellen der Besoldungsgruppe A 8 enthält. Sie wissen, dass es sich bei den betroffenen Beamten um diejenigen handelt, die häufig im Funkstreifenwagen und in der Bereitschaftspolizei Tag für Tag einen harten und nicht selten gefährlichen Job machen. Diese Beamten gehen mit einem Bruttoeinkommen ohne Zulagen von zumeist rund 1.800 € im Monat nach Hause. Die Kürzung des Weihnachtsgeldes bedeutet für diese Gruppe eine Kürzung des Jahresbruttoeinkommens um rund 8 %.

Viele dieser zumeist jungen Beamten, die gerne eine Familie gründen möchten, warten seit Jahren auf eine Beförderung. Die im Haushaltsentwurf enthaltenen 300 Beförderungsmöglichkeiten nach A 8 und 700 Beförderungsmöglichkeiten nach A 9 sind deshalb nach unserer Meinung wesentlich zu niedrig angesetzt.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern Sie deshalb auf: Verdoppeln Sie die Beförderungsmöglichkeiten für Polizeimeister und Polizeiobermeister. Damit kommen sie schneller in die zweigeteilte Laufbahn, und Sie setzen damit ein Zeichen der sozialen Gerechtigkeit und der Anerkennung für dienstlich besonders stark beanspruchte Beamte.

Zweitens. Vor und auch noch nach der Wahl haben Herr Rüttgers und Sie, Herr Innenminister, verkündet: Der Kern des Einzelplans 03 stehe nicht zur Disposition. An der inneren Sicherheit werde nicht gespart. – Inzwischen wissen wir: Sie haben die Polizei nicht aus den Haushaltskürzungen herausgehalten. Ich sage Ihnen: Das ist nichts anderes und nichts weniger als ein Dammbruch – wie wir im Haushalt sehen können, im Kleinen wie auch im Großen.

Entgegen der Zusagen Ihres Staatssekretärs im Innenausschuss wird zum Beispiel der Landespräventionsrat nun doch auf null gesetzt. Insgesamt wird der Polizeihauhalt im Vergleich zum letzten Haushalt einer SPD-geführten Regierung um insgesamt 125 Millionen € gekürzt. Unter dem Strich bedeutet Schwarz-Gelb für die Innenpolitik: Weniger Geld für die Polizei, weniger Geld für die Prävention und weniger Geld für die innere Sicherheit.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte erwähnt, dass CDU und FDP im Landtagswahlkampf mit dem Versprechen auf Stimmenfang gingen, die Zahl der einzustellenden Polizeinachwuchskräfte zu erhöhen. Tatsächlich werden im Personalhaushalt 2006 aber 346 Planstellen für Polizeibeamte gestrichen. Auch das bedeutet Schwarz-Gelb für unsere Innenpolitik: Statt wie versprochen mehr Beamte einzustellen werden mehr Stellen abgebaut. Deswegen bleibe ich dabei: Die Landesregierung betreibt einen Stellenabbau zu Lasten der inneren Sicherheit.

(Beifall von der SPD)

Diese Feststellung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, gilt umso mehr, als die Koalition nicht imstande ist, durch eine schlüssige Polizeireform gleichmäßig leistungsstarke Behörden zu schaffen und hierdurch frei werdendes Personal im operativen Dienst einzusetzen. Die vom Innenminister eingebrachte Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes verspricht die Einsparung von allenfalls 145 Funktionen. Bis auf den heutigen Tag kann der Innenminister dem Parlament nicht sagen, über wie viele Stellen wir genau reden.

Dass wir einer Zusammenlegung von Polizeibehörden nicht zustimmen können, die dem Prinzip „vom Pensionsalter zur Organisation“, aber nicht dem Grundsatz „von der Aufgabe zur Organisation“ folgt, ist selbstredend.

(Beifall von der SPD)

Herr Innenminister, Ihr Motto lautet: Fahnden statt verwalten. – Aber die Realität ist: Sie fahnden nach Konzepten und verwalten weiterhin eine überholte Behördenstruktur.

(Beifall von der SPD)

Ihre Reformpläne – auch das haben wir gesehen – sind in einer beispiellosen Art und Weise in der Anhörung des Innenausschusses untergegangen. Die Kollegen von der CDU haben immerhin in Aussicht gestellt, über die Änderungen noch einmal nachzudenken. Herr Kruse hat unter anderem versprochen, dass die Kritik der Experten nicht folgenlos ist.

Weil ich glaube, dass eine schlüssige Neuordnung der Polizeiführung und der Polizeiverwaltung eine breite parlamentarische Basis braucht, appelliere ich heute von dieser Stelle aus erneut an Sie,

mit uns in konkrete und konstruktive Gespräche über eine schlüssige Polizeireform einzutreten.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine zwölf Monate nach dem Regierungswechsel ist die Düsseldorfer Innenpolitik unberechenbar geworden. Die Sicherheitsarchitektur in unserem Land wankt – und dies zum Schaden Nordrhein-Westfalens und seiner Bürger, die ein Recht auf Sicherheit haben.

Nordrhein-Westfalen nimmt im Konzert der Länder keine Schlüsselrolle mehr ein. Nordrhein-Westfalen wird unter einer Regierung Rüttgers auf der bundespolitischen Ebene in der Innenpolitik nicht mehr wahrgenommen. Aus der besonderen Stellung, die sich der einzige liberale Innenminister in Deutschland noch nach dem Wahlsieg in NRW erhofft hatte, ist nichts geworden.

In der Konstellation der B-Länder gehen seine Initiativen regelmäßig unter, und in der Konstellation einer großen Koalition ist der sogenannte liberale Innenminister in eine Außenseiterposition geraten. Deshalb ist der Niedergang der nordrhein-westfälischen Innenpolitik auch anhand der Haushaltszahlen mit Händen zu greifen.

Die Regierung Rüttgers – das ist unser Vorwurf – betreibt den Abbau der inneren Sicherheit. Sie agiert unüberlegt und unzuverlässig und treibt so ständig neue Unruhe in den Polizeibetrieb. Sie besitzt weder einen zeitgemäßen Begriff von einer wirksamen Kriminalpolitik, noch entfaltet sie ein Gespür für sensible Fragen der Sicherheitsarchitektur.

Ihre Flüchtlingspolitik ist unter dem Strich illiberal. Ihre Bleiberechtsinitiativen sind in der Innenministerkonferenz liegen geblieben, nicht wieder aufgegriffen worden. Die konzeptionelle Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes interessiert Sie, Herr Minister, nur am Rande. Zur wirksamen Bekämpfung des Rechtsextremismus fällt Ihnen nichts Besonderes ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt sicherlich viele Gründe, den Einzelplan 03 abzulehnen. Ich habe Ihnen nur einige der wichtigsten genannt. Betrüge die Redezeit 20 Minuten statt 10 Minuten, hätte ich noch viele Argumente aneinander reihen können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Rudolph. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Kruse.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Entwurf für den Landeshaushalt 2006 verdeutlicht die neue Landesregierung, dass sie der Konsolidierung des Haushalts höchste Priorität einräumt.

Zu dieser Grundausrichtung gibt es, ernsthaft diskutiert, keine Alternative. Da die Möglichkeiten zur Generierung zusätzlicher Einnahmen für eine Landesregierung begrenzt sind, muss die Konsolidierung des Landeshaushalts konsequenterweise über eine Reduzierung der Ausgaben erfolgen. Auch im Einzelplan 03 des Innenministeriums wird dieser Weg deutlich. So sinken die Gesamtausgaben um 4,2 % und die Personalausgaben um 1,2 % auf 4,08 Milliarden € beziehungsweise auf 3,03 Milliarden €.

Die CDU-Fraktion trägt diese Ansätze ausdrücklich mit. Mit der moderaten Reduzierung zumal der Personalausgaben verdeutlichen wir, dass die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit als grundlegende Voraussetzung für die individuelle Freiheit der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Aufgabe der neuen Landesregierung ist. Denn die Erblast, meiner sehr verehrten Damen und Herren, die wir von der alten Landesregierung auch im Bereich der inneren Ordnung, der inneren Sicherheit insgesamt übernommen haben, ist gewaltig. Herr Kollege Rudolph, wir nehmen nach wie vor im Ländervergleich einen Abstiegsplatz ein.

Für mich ist es vollkommen unverständlich, dass der ehemalige Finanzminister – er ist leider heute nicht da – und der heutige SPD-Landesvorsitzende, Jochen Dieckmann, diese Vergangenheit vollständig ausblendet – so heute exakt vor einer Woche auf dem GdP-Landeskongress. Frau Kollegin Düker, Herr Rudolph, wir waren dabei, als Herr Dieckmann in nahezu klassenkämpferischer Manier – das bedeutet für Herrn Dieckmann schon etwas – die Personal- und Finanzpolitik der neuen Landesregierung kritisierte.

Wofür ist Herr Dieckmann in den letzten Jahren eigentlich verantwortlich gewesen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Fehlentwicklungen und falschen politischen Entscheidungen in der Vergangenheit kann nicht erwartet werden, dass innerhalb kurzer Zeit eine Trendwende herbeigeführt wird. Wir werden viele Jahre und sicher mehr als eine Legislaturperiode benötigen, bis auch in diesem sensiblen

Themenbereich der inneren Sicherheit bessere Ergebnisse erzielt werden. Hierzu sind viele kleine Schritte, aber vor allen Dingen Mut und Tatkraft erforderlich.

Herr Kollege Rudolph, Sie haben es angesprochen, und ich bekenne es in schonungsloser Offenheit: Ja, es ist richtig, wir haben im Landtagswahlkampf vor circa einem Jahr und auch in unserem Wahlprogramm anderes und auch mehr für diesen Themenbereich versprochen. Natürlich sind weder die Innen- noch die Rechtspolitiker darüber begeistert, dass ihre Fachbereiche von Sparmaßnahmen nicht verschont bleiben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann ändern Sie es doch!)

– Gleichwohl, Frau Kollegin Düker, stellen wir uns den damit verbundenen besonderen Anstrengungen ausdrücklich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Flächenländern eine unterdurchschnittliche Aufklärungsquote. Wenn es gilt, die Zahl der Straftaten zu reduzieren und die Aufklärungsquote zu verbessern, um damit insgesamt das Niveau der Sicherheit zu erhöhen, muss die Polizei in Nordrhein-Westfalen effizienter ausgerichtet werden, als sie es heute ist.

Wir diskutieren zurzeit auch auf Bundesebene – alle Volksparteien machen dies –, was sich der Staat überhaupt noch leisten kann. Brauchen wir mehr oder brauchen wir weniger Staat? Da es keine Alternative zu einer nachhaltigen Konsolidierung des nordrhein-westfälischen Landeshaushaltes über eine Begrenzung und Reduzierung der Ausgaben gibt, wird es in den kommenden Auseinandersetzungen auch um Antworten auf die Fragen gehen: Was sind und wie erfüllt der Staat, in diesem Fall das Land Nordrhein-Westfalen, seine klassischen hoheitlichen Aufgaben?

Wann nun die Funktionsfähigkeit eines Landes in welchem Ausmaß beeinträchtigt ist und zu welchen Konsequenzen ein weiter schwindendes Staatsvertrauen der Bürgerinnen und Bürger führt, das ist schwer zu beantworten. Allerdings würde eine weitere und stetige Steigerung der Nettoneuverschuldung das Land in absehbarer Zeit in eine außerordentlich ernste Notlage führen.

(Carina Gödecke [SPD]: Mit anderen Worten: Es bleibt bei Versuch und Irrtum!)

Von daher bleibt es richtig, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Für die Union bleibt es Priorität, dass die Gewährung von Sicherheit für die Bürger

und die Verhinderung von Straftaten nicht dem Finanzdiktat der desolaten öffentlichen Haushalte zum Opfer fallen dürfen. Die neuen Koalitionspartner und die neue Landesregierung wollen, dass wieder mehr gefahndet statt verwaltet wird. Ja, wir wollen die Polizei von Verwaltungsaufgaben entlasten. Wir treten ein für Bürokratieabbau und die Straffung der Strukturen sowohl bei der Binnenmodernisierung als auch im äußeren Bereich.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das schauen wir uns aber an!)

Über das von Ihnen angesprochene Polizeiorganisationsgesetz, Herr Rudolph, reden wir nächste Woche und darüber hinaus.

In den letzten 15 Jahren sind zu viele Führungs-, Stabs- und Innendienststellen geschaffen worden. Deswegen muss die interne Organisationsstruktur der Behörden optimiert und die Aufgabenwahrnehmung der Polizei insgesamt gesteigert werden. Wir wollen Personal aus Verwaltungsbereichen in die operativen Bereiche zurückgewinnen – im Übrigen schon eine von der CDU in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre gestellte Forderung, die allerdings von der rot-grünen Mehrheit damals abgelehnt wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur effizienteren Ausrichtung der polizeilichen Arbeit gehören auch Veränderungen und Verbesserungen der Bildungsmaßnahmen. Sie sind notwendig. Wir werden die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Polizei reformieren und spezialisieren, nicht zuletzt wegen der Kriminalitätsentwicklung und zahlreicher neuer Aufgaben, die die Polizei zu bewältigen hat. Natürlich gilt es auch, die Internationalisierung der Aufgabenwahrnehmung und die Entwicklung der Polizeiwissenschaft im Blick zu behalten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen möchte ich auch die Stärkung des Ehrenamtes ausdrücklich erwähnen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Dafür kürzen Sie im Flüchtlingsrat!)

Sie ist der CDU-Landtagsfraktion ein besonderes Anliegen. Warum? – Wir kennen die zahlreichen Hilfsorganisationen, die im Zivil- und Katastrophenschutz und bei der Feuerwehr wirkungsvoll zusammenarbeiten. Deutschland und seine Sicherheitsarchitektur sind ohne die Mitarbeit seiner Bürgerinnen und Bürger im Bevölkerungsschutz schlechterdings nicht vorstellbar.

Wir können alle dankbar dafür sein, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein leistungsfähiges Notfallvorsorge- und Gefahrenabwehrsystem haben. Die Struktur der inneren Sicherheit in Deutschland wird gerade auch in der Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft auf die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen setzen können. Wir vertrauen auf die Einsatzbereitschaft und die Mitarbeit der ehrenamtlich getragenen Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz. Die Koordination der vorhandenen Ressourcen und der Ausbau der Fähigkeiten stehen auf der Tagesordnung der neuen Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Rudolph und wahrscheinlich gleich auch Frau Kollegin Düker, Sie kritisieren die Kürzungen im Landeshaushalt bei Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen: Ihre Ausländer- und Asylpolitik ist insgesamt gescheitert. Ihre Vorstellungen einer multikulturellen Gesellschaft waren eine Lebenslüge. Das Dogma, das schon alles gut werde, wenn man sozusagen bis zur Aufgabe der eigenen Werte und Ordnungssysteme tolerant und antiautoritär sei,

(Sören Link [SPD]: Wer hat denn so etwas gesagt?)

bezog sich bei Ihnen freilich nicht nur auf die Ausländerpolitik, sondern auch auf die Schul- und Bildungspolitik. Auch in diesem Themenbereich ist die Erblast, die Sie uns hinterlassen, erdrückend und hat sowohl zu einer Verfestigung von Parallelgesellschaften in Nordrhein-Westfalen als auch zu erheblichen Integrationsdefiziten in unserer Gesellschaft geführt.

(Beifall von der CDU)

Nicht zuletzt deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die neue Landesregierung erfreulicherweise ein Integrationsministerium geschaffen, welches auch die Fehlentwicklungen der vergangenen Perioden aufzuarbeiten hat.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo denn?)

Wir wissen, dass die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in die Zuständigkeit der Länder fällt. Hier gibt es Unterschiede. Die CDU-Fraktion hat schon vor ca. anderthalb Jahren gefordert, die Asylverfahren in NRW zu beschleunigen, weil die Vorgehensweise zum Beispiel in Bayern, in Baden-Württemberg und auch in Rheinland-Pfalz unter Ministerpräsident Beck deutlich schneller und kürzer ist. Wir setzen uns für ein entschlossenes Vorgehen bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht ein. Ein generelles Bleiberecht und eine

umfassende Altfallregelung sozusagen für alle vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer lehnen wir vom Grundsatz her ab.

Lassen Sie mich auch in aller Klarheit sagen: Die Integration in Nordrhein-Westfalen, die Integration in unsere Gesellschaft wird nur dann gelingen, wenn sie dem zu Integrierenden erstrebenswert erscheint. Darum muss, wenn die Eltern dazu nicht willens oder in der Lage sind, der Staat durch umfassende Maßnahmen dafür sorgen, dass den Ausländerkindern der Weg in ein erfülltes Leben geöffnet wird. Der Staat muss die jungen Leute, ob ausländischer oder deutscher Herkunft, aber auch spüren lassen, dass er die Verletzung der Regeln des zivilisierten Zusammenlebens nicht hinnimmt. Das unterscheidet die neue Ausrichtung in der Sicherheitspolitik von der der alten Landesregierung.

Frau Präsidentin! Es wird angezeigt ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, noch bin ich männlichen Geschlechts.

Theo Kruse (CDU): Sehr geehrter Herr Moron, ich bitte um Nachsicht.

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen und in Zeiten der Veränderungen. Die katastrophale Finanzlage muss bewältigt werden. Das zieht sich sozusagen wie ein roter Faden durch alle Wortbeiträge, zumindest der Redebeiträge der Koalition von CDU und FDP.

(Carina Gödecke [SPD]: Dann können die Wortbeiträge doch kürzer werden!)

Wir sind dazu bereit. Ich glaube, hierzu leistet auch der Einzelplan 03 einen Beitrag. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Haushaltsentwurf. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kruse. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kruse, wenn alles das, was Sie hier im Land machen, insbesondere was die Polizeipolitik angeht, so Klasse ist, würde ich gern wissen, warum denn die Polizei so in Aufruhr ist

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und warum keine Veranstaltung vergeht, in der Sie, Herr Kruse, Herr Engel, oder der Herr Minister, nicht ausgepiffen werden. Warum stehen denn 3.000 bis 4.000 Polizisten auf dem Düsseldorfer Burgplatz, um gegen ihre Politik zu demonstrieren? Das hatten wir in fünf Jahren rot-grüner Politik nicht, obwohl wir der Polizei – das will ich ganz deutlich sagen – sehr viel Unangenehmes zumuten mussten, nämlich mehr arbeiten für weniger Geld. Wer macht das schon gerne? Aber einen solchen Aufruhr, wie wir ihn zurzeit haben, habe ich in den letzten fünf Jahren nicht erlebt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also, so prima kann das, was Sie machen, nicht gewesen sein. Sie müssten Ihnen ja dankbar sein, wenn das, was Sie sagen, stimmt.

Der massive Zorn der Polizistinnen und Polizisten in NRW hat auch nicht nur damit zu tun, dass wir hier über Kürzungen diskutieren. Wir müssen ganz schonungslos zugeben: Auch eine rot-grüne Regierung hätte mit den Gewerkschaften über Kürzungen diskutiert. Aber das ist nicht der Punkt. Dieser massive Zorn ist deswegen entbrannt, Herr Kruse, weil Sie die Menschen in diesem Land schlicht und einfach belogen haben, und deswegen sind die sauer.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wussten doch ganz genau, dass Sie eine Verdoppelung der Einstellungsermächtigung bei der Polizei von 500 auf 1.000 jedes Jahr nicht umsetzen können. Wider besseres Wissen haben Sie das versprochen. Und der 1,5%ige Stellenabbau im Verwaltungsbereich der Polizei wird entgegen Ihrer Versprechung auch durchgezogen. – Ich könnte die Reihe fortsetzen.

Das Problem ist, dass Sie sich die Zustimmung bei der Polizei als Partei der sogenannten inneren Sicherheit ergaunert haben,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Horst Becker [GRÜNE]: So ist es!)

und diesen Ruf haben Sie bei den Polizistinnen und Polizisten inzwischen verloren.

Der Zorn ist aus meiner Sicht verständlich. Wenn dann noch hinzukommt, dass Sie ihnen noch eine Polizeireform vorsezen, die keiner will und die jegliches Konzept und jegliche Zieldefinition vermissen lässt, dann, meine Damen und Herren, regiert in der inneren Sicherheit Chaos statt Konzept. Deswegen wird demonstriert, und deswegen sind die Leute auf der Straße, Herr Kruse.

Sie als Partei der inneren Sicherheit sparen als Erstes im Bereich der Polizei. Deshalb sind die Leute sauer. Und das kann ich auch verstehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten ...

Monika Düker (GRÜNE): Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage; sonst geht meine Redezeit hier zu weit herunter.

Zum Konsolidierungsbeitrag Nummer eins des Einzelplans 03 fällt dem Innenminister ...

Vizepräsident Edgar Moron: Darf ich Sie einmal kurz unterbrechen, Frau Abgeordnete. – Wir haben ein Sicherheitsproblem. Die Polizei bittet uns, dieses Haus jetzt zu verlassen. Alle!

Wir unterbrechen die Sitzung.

(Unterbrechung von 15:32 bis 15:39 Uhr)

Vizepräsident Edgar Moron: Wir setzen die Sitzung fort.

Meine Damen und Herren, wir hatten kein Sicherheits-, sondern ein technisches Problem, das uns allerdings eine Sicherheitsgefährdung signalisierte. Es handelte sich also nicht um einen Versuch, einmal zu sehen, ob das Warnsystem noch funktioniert, sondern es war tatsächlich ein Bombenalarm, der aber durch einen technischen Defekt ausgelöst wurde.

Das Wort hatte Frau Düker, und sie weiß hoffentlich noch, wo sie stehen geblieben ist und wo sie jetzt weitermachen muss. – Bitte schön, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Thema Sicherheitspolitik, bei dem wir gerade sind, wurde gleich einem Praxistest unterzogen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Beim Einzelplan 03 ist natürlich der größte Batzen die Polizei, das Thema Sicherheitspolitik. Aber ich möchte für meine Fraktion noch einen anderen Schwerpunkt setzen.

Es ist wahrlich kein Meisterstück, Konsolidierungsaufgaben, Herr Minister, in diesem riesigen, millionenschweren Einzelplan so zu erledigen, dass Sie als Ihren Konsolidierungsbeitrag feststellen: Der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen wird platt gemacht. Das spart lediglich ganze

150.000 € im Jahr. Dies ist kein Konsolidierungsbeitrag, sondern es ist doch völlig klar, dass das einen ganz anderen Hintergrund hat. Eine Deckung wäre nämlich vorhanden; wir haben Millio- nensummen in diesem Etat.

Sie leisten sich eine Reiterstaffel, die für bestimm- te Menschen ganz schön sein mag, aber für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unse- rem Land nicht gebraucht wird. Sie kostet unge- fähr 2 Millionen € im Jahr. Sie wissen ganz genau, dass wir hier keine Haushaltsdebatte führen, wenn es um den Flüchtlingsrat Nordrhein-West- falen geht. Nein, es geht Ihnen hier um die Zer- schlagung eines Netzes von ehrenamtlichen Strukturen, das sich über Jahre aufgebaut hat, und deren Aktive sich zum Ziel gesetzt haben, Minderheiten, Flüchtlingen in unserem Land, die kaum oder gar keine Lobby haben, Hilfe und Un- terstützung anzubieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genau diese Politik wollen Sie nicht mehr. Mit diesem Symbol, diesen 150.000 €, enttarnen Sie sich. Das hat nichts mehr mit Liberalität zu tun. Das ist nur noch erbärmlich.

Noch erbärmlicher, Herr Kruse, finde ich Folgen- des: Nachdem Sie in all den Jahren, in denen wir hart um solche kleinen Töpfe gerungen haben, jedes Jahr die Arbeit des Flüchtlingsrates immer wieder dadurch unterstützt haben, dass Sie dem Antrag der damaligen rot-grünen Koalitionsfrakti- onen, den Haushaltsansatz für den Flüchtlingsrat wieder herzustellen, zugestimmt haben, tragen Sie in diesem Jahr, in dem Sie an der Regierung sind, die Kürzungspolitik der Landesregierung mit. Das ist eine Politik gegen Minderheiten, eine Poli- tik gegen Ehrenamtlichkeit. Sie erwähnten den Katastrophenschutz. Richtig, da wollen Sie die Ehrenamtlichkeit stärken.

Ich glaube, bei Ihnen gibt es zwei Klassen von Ehrenamtlichkeit: die, die sich für die falschen Minderheiten, für die falschen Menschen, die in Not sind, einsetzen, und die, die es für die Richti- gen tun. Ich finde diese Politik erbärmlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen weiterhin, dass in diesem Land auch die Rechte von Minderheiten Geltung haben, Herr Kruse, und für Menschen, die in größter Not sind, ein Hilfsangebot zur Verfügung steht. Die 150.000 € sind nur dazu da, das Netzwerk von Ehrenamtlern zusammenzuhalten. Das wissen Sie ganz genau. Ich bin sehr enttäuscht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei den Kürzungen in diesem Bereich des Haus- halts – Sie kürzen auch bei den Beratungsstellen –, gepaart mit Ihrer „Ausländer raus!“-Rhetorik, die Sie gerade wieder zum Besten gegeben haben – konsequente Rückführung; unsere Politik hat sich den Schwerpunkt der Rückführung von Ausländer- innen und Ausländern gesetzt –, Herr Kruse, dür- fen Sie sich nicht zu wundern, wenn demnächst auch in Nordrhein-Westfalen dieser Rhetorik auf der Straße mit Fäusten Geltung verschafft wird.

Ich finde, wir sollten im Landtag versuchen, eine Politik zu machen, die auch die Minderheiten mit ihren Interessen einbindet, sie schützt, ihnen Hilfsangebote gibt. Dazu gehören für uns Grüne an allererster Stelle die Flüchtlinge in unserem Land. Dieser Politik haben Sie eine Absage erteilt. Ich persönlich bin davon sehr enttäuscht. Denn ich hatte den Eindruck, dass wir hierüber in den letzten Jahren immer einen Konsens hatten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Düker. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Redezeit. Herr Becker hat sich noch gemel- det. Noch ist er aber nicht dran. – Zunächst spricht für die FDP-Fraktion Herr Engel. Bitte schön.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Düker, Ent- schuldigung, durch den Alarm habe ich leider nur einen Teil Ihrer Rede mitbekommen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich nicht auf alles eingehen kann.

Zunächst vorab: Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen – das beklagen wir alle bei jedem Einzelplan – ist mit 112 Milliarden € Ge- samtverschuldung dramatisch. Die Nettokredit- aufnahme von jährlich 5,8 Milliarden € muss redu- ziert werden. Drastische Einschnitte zur Verringe- rung der Neuverschuldung des Landes sind un- umgänglich. Und das alles vor dem bundesrepubli- kanischen Hintergrund, Frau Kraft, von über 1.440 Milliarden € Schulden. Das ist die Gesamtsi- tuation im Bund.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die neue Landesregierung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Belastung aus dem zwingend er- forderlichen Konsolidierungskurs auf möglichst viele Schultern zu verteilen, ohne den Einzelnen dabei zu überfordern. Daher sind fast alle gesell- schaftlichen Bereiche betroffen, wie zum Beispiel Kommunen, landeseigene Einrichtungen, selbst- verständlich aber auch die Landtagsfraktionen und die Kabinettsmitglieder selbst. Ausgehend

von der Erkenntnis, dass die Wirkung einer Haushaltskonsolidierung am größten ist, wenn sie über die Ausgabenseite erfolgt, wenn sie also bei Transferausgaben in den Personalbereich und nicht bei den Investitionen ansetzt, kann dabei auch der öffentliche Dienst nicht außen vor bleiben.

Da den beabsichtigten Stellenkürzungen Grenzen gesetzt sind, ist ein weiterer Beitrag durch eine weiter abgesenkte Sonderzahlung unumgänglich. Die genaue Ausgestaltung der Regelung zur Sonderzahlung ist derzeit noch offen. Die Koalition wird jedoch den in NRW bislang beschrittenen Weg einer sozialverträglichen Staffelung weitergehen.

Dass diese Maßnahmen bisher nur den Beamtenbereich betreffen, ist auch für mich unbefriedigend. Um diesen Zustand der Ungleichbehandlung zu beenden, sind von den Ländern die Tarifverträge gekündigt worden. Da, wie Sie sicher wissen, Tarifverträge nachwirken, können wir für den Landesbereich bis zum Abschluss der Verhandlungen an dem bisher unbefriedigenden Zustand leider nicht viel ändern und nur für die neu eingestellten Angestellten die gleichen Regelungen wie für Beamte zugrunde legen. Da nach Auffassung der Länder der für den Bund und die Kommunen geschlossene neue Tarifvertrag hinsichtlich der Einschnitte keine vollständige Angleichung an die Beamten vorsieht, kommt eine Übernahme nicht in Betracht. Die Verhandlungen bekanntlich laufen noch.

Die notwendigen Konsequenzen für die Alterssicherungssysteme aus der demographischen Entwicklung wurden erst spät gezogen. Dies ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und trifft nicht nur den Beamtenbereich.

Ich spare mir jetzt die ganzen Details – die kennen Sie –, sondern möchte nur den Finanzminister und den Innenminister ermuntern, diesen Weg fortzusetzen. Wir brauchen am Ende, um Vertrauen zurückzugewinnen, einen selbst verwalteten, nicht rückholbaren Fond, eine Stiftung oder Versicherung. Also: Den Wurstvorrat nicht im Hundezwinger aufbewahren. Das führt dazu – das haben wir in der Vergangenheit gesehen –, dass am Ende eigentlich nichts mehr da ist.

Ich darf Ihnen noch einmal versichern, dass uns die in den Haushaltsberatungen 2006 getroffenen Entscheidungen gerade für den Beamtenbereich nicht leicht gefallen sind. Die neue Landesregierung ist aber mit dem Anspruch angetreten, dem bisherigen „Weiter so!“-Prinzip von Rot-Grün nicht mehr zu folgen, um wieder Handlungsspielräume

zu erhalten, die das Land zukunftssicherer machen und damit letztlich auch dem öffentlichen Dienst des Landes zugute kommen.

Lassen Sie mich noch einige Worte generell zum Einzelplan 03 sagen. Um die Sicherheit weiterhin mindestens auf gleichem Niveau halten zu können, müssen wir die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen effizienter ausrichten. Deshalb gilt das Motto: Weniger verwalten, mehr fahnden, Konzentration auf die Kernaufgaben. Aber auch dieser Bereich wird sich den Zwängen derzeit nicht widersetzen können. Von daher bin ich sehr froh, dass es durch bereits eingeleitete Reformen gelungen ist, insbesondere der Polizei wieder Luft zum Atmen zu geben und sie von den Fesseln hausgemachter Bürokratie zu befreien, zumindest stückweise und als allerersten Anfang.

Einige Beispiele, wie Mann-Stunden, die dem Dienst am Bürger zugedacht waren, in der Bürokratie mehr oder weniger verschwinden: Aufhebung der Workshops zur Mitarbeiterbefragung am 12. Juli 2005, Abschaffung der landesweiten Zielvereinbarung im Oktober und November 2005, Auflösung des Beratungsteams Steuerung und Führung. Es waren vorher 33 hoch bezahlte Mitarbeiter, jetzt sind es nur noch 18, allerdings mit veränderter Aufgabenstellung. Ich sage an dieser Stelle für die fachpolitischen Kollegen: Damit sind wir noch nicht fertig.

Reduzierung des Kennzahlenbedarfes. Kennzahlen wurden von ca. 2.200 auf jetzt 870 reduziert. Für den operativen Bereich verbleiben dabei nur noch 271. Deutlich weniger Bürokratie, die Mann-Stunden ohne Ende gekostet haben. Einstellung der produktbezogenen Arbeitszeiterfassung in der Polizei am 2. November 2005. Wir erinnern uns noch genau, als das im Innenausschuss vorgetragen wurde. Das macht 490 Stellenäquivalente, 490 Mann, die der Steuerzahler bezahlt hat, die aber nur nach innen hin Statistik gemacht haben. Also: Personalgewinn von 490 Stellen. Und natürlich die Eingliederung des polizeilichen Staatsschutzes in die zentrale Kriminalitätsbekämpfung.

Nächste Schritte werden folgen. Wir werden genau hinsehen. Kein Bereich bleibt ausgenommen, erst recht nicht die dauerhaft geschützten einsatzfernen Räume ohne jede Chance auf Täter- und Bürgerkontakte. Wir werden genau gucken, was sich da entwickelt hat und ob wir das noch brauchen oder ändern können.

Auch die Zahl – das sage ich ganz deutlich, weil immer etwas anderes kolportiert wird – der Einstellungsberater werden wir dem tatsächlichen Bedarf anpassen. Das muss legitim sein. Draußen im

Land wird wie eine Monstranz herumgetragen – auch bei den Demonstrationen – als wollten wir sie abschaffen. Das ist natürlich purer Unsinn.

Herr Dr. Rudolph und Frau Düker, vielleicht zwei, drei Bemerkungen zu Ihrer Kritik.

Herr Dr. Rudolph, Sie haben die Reiterstaffeln angesprochen, 1,3 Millionen €. Sie haben gesagt, damit könnte man round about 60 Polizeibeamte bezahlen. 50 Pferde hätten rund 1,3 Millionen € gekostet.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: 2,1!)

– Okay, einverstanden. – Aber Sie haben – lassen Sie mich das noch einmal sagen – verschwiegen, dass allein die Lenkungswirkung eines Polizeipferdes bei Demonstrationen 15 ausgebildete Polizeibeamte umfasst.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo haben Sie das denn her?)

Diese 50 Polizeipferde sind also bei Großeinsätzen ein Stellenäquivalent von gut sieben Hundertschaften. Wir setzen sie auch anders ein als zu Zeiten von Rot-Grün.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Warum müssen vier Pferde die ganze Zeit vor dem Landtag patrouillieren?)

– Herr Rimmel, ich habe das noch gar nicht gesehen. Darum müssen wir uns kümmern.

Dann haben Sie, Herr Dr. Rudolph, gefordert, den Fahndungsdruck zu erhöhen. Völlig richtig! Aber das machen wir doch, indem wir Bürokratie intern dahin tun, wo sie hingehört, nämlich in die Tonne.

Darüber hinaus haben Sie die missliche Beförderungssituation – A 7, A 8 – angesprochen. Wir haben 600 Leute mit A 7 und 1.500 Leute mit A 8, also mit 1.800 € brutto. Die Zahlen, glaube ich, stimmen. Das tut mir auch in der Seele weh, wenn demgegenüber nur 700 Beförderungsstellen nach A 9 und 300 Beförderungsstellen nach A 8 stehen. Daran müssen wir noch arbeiten. Aber mehr gibt zurzeit der Haushalt nicht her.

Des Weiteren haben Sie von Kürzungen des Polizeihaushaltes in Höhe von 125 Millionen € gesprochen. Sie müssen genau hinschauen. Wir werden nicht einen einzigen Schutzmann weniger haben. An dieser Stelle möchte ich – ich habe das extra mitgebracht; ich habe noch eine Redezeit von bis zu zwei Minuten – auf die Landtagsdrucksache 14/1765 hinweisen, nämlich auf die Antwort auf Ihre Kleine Anfrage, wie viele Polizeibeamte im Jahr pensioniert werden. Lesen Sie das bitte

nach; aus Zeitgründen kann ich das jetzt nicht vortragen. Die Landesregierung sagt – bis zum letzten Polizeibeamten durchdekliniert – ganz klar, dass kein Personalabbau stattfindet. Sie sagt auch, das hätte die alte Landesregierung genauso getan. Man muss also genau hinsehen. Nur die Pensionierungen alleine geben keine Auskunft darüber, ob der Personalkörper im Bereich der Polizei reduziert wird oder nicht.

Lassen Sie mich mit einigen Bemerkungen zur Verwaltungsstrukturreform schließen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kabinett hat gestern die Weichen dafür gestellt, selbstständige Dienststellen im Bereich der Sonderverwaltung unter die Dächer der fünf Bezirksregierungen zu holen. Versuchen wir doch einmal, eine solche Maßnahme aus der Sicht des Bürgers, des Antragstellers, des Investors zu sehen. Als Stichwort nenne ich Garzweiler. Das alles haben wir hinter uns. Am Ende ist Garzweiler II gekommen. Aber was war das für ein Gezerre? Nun haben wir nur noch fünf Ansprechpartner. Das ist für dieses Land, für Investoren, für diejenigen, die etwas tun wollen – also nicht für die Unterlasser –, die einen Antrag einbringen wollen, die eine Genehmigung brauchen, eine gute Nachricht. Wir haben 667 Behörden in Nordrhein-Westfalen. Die ganze Detailarbeit wird noch kommen. Die Koalitionsfraktionen werden das konkrete Regierungshandeln begleiten. Ich freue mich darauf, denn diese Botschaft wird ankommen. Wir machen aus diesem Land das Land mit den kürzesten Genehmigungszeiten. Über Wachstum und Beschäftigung kommen wir dann auch wieder zu neuen Verteilungsspielräumen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Engel. – Jetzt hat der Innenminister, Herr Dr. Wolf, das Wort. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Werter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2006 ist von den Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung geprägt, die Nettoneuverschuldung zurückzuführen. Auch das Innenressort muss an verschiedenen Stellen seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten.

Mir fallen die geplanten finanziellen Reduktionen bei den Sonderzahlungen wahrlich nicht leicht. Mit Blick auf die notwendige sukzessive Rückführung der Nettoneuverschuldung sind diese finanzpolitischen Entscheidungen allerdings ohne realistische Perspektive. Der Verzicht auf eine sparsame Haushaltsführung, insbesondere in den letzten

zehn Jahren rot-grüner Regierung, hat uns einen Schuldenstand beschert, dem wir im Interesse unserer Kinder und Kindeskinde Einhalt gebieten müssen.

Insgesamt sinkt der Haushalt des Innenressorts gegenüber dem Vorjahr um 178,3 Millionen €. Der überwiegende Anteil dieser Kürzungen, nämlich rund 135 Millionen €, entfällt auf den Asylbereich. Diese Kürzungen waren deshalb möglich, weil die Asylbewerberzahlen deutlich rückläufig sind. Dennoch haben wir auch hier Schwerpunkte gesetzt. So haben wir den Ansatz für die Rückführung und die Rückkehrförderung um rund 460.000 € auf 9,5 Millionen € erhöht.

Herr Rudolph, wie man angesichts der Zahlen, Reduktion um 178 Millionen €, davon 135 Millionen € für den Asylbereich, sagen kann, dass bei der Polizei 125 Millionen € gekürzt werden, wird Ihr Geheimnis bleiben. 178 Millionen € minus 135 Millionen € gleich 125 Millionen € – das kann uns offensichtlich nur Herr Rudolph erklären.

Es wird deutlich, dass hier eine ganz andere Politik vorherrscht. Wir haben versucht, den Kernhaushalt so weit wie möglich zu schonen. Allerdings haben wir in den verwaltenden Bereichen der Polizei 1,5 % der Stellen abzubauen, so wie das auch an anderer Stelle in der Landesverwaltung der Fall ist.

Meine Damen und Herren, man sieht sehr deutlich: Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist zentrales Anliegen der Landesregierung, weil wir eben den Kernbereich schützen. Das Ziel der Stärkung der inneren Sicherheit durch mehr Fahnden statt Verwalten ist ja auch von den Vordnern der Koalitionsfraktionen sehr deutlich betont worden. Wir haben deswegen den operativen Bereich der Polizei von den Stelleneinsparungen ausgenommen.

Es ist einfach unredlich, um nicht andere Ausdrücke zu benutzen, Herr Rudolph, wenn Sie sagen, dass wir für den großen Teil der Stellenkürzungen verantwortlich sind. Sie haben die kw-Stellen im Zusammenhang mit der Verlängerung der Arbeitszeiten ausgebracht. Deswegen sind 1.222 Stellen in den nächsten Jahren zu kürzen, wobei das Volumen der Polizeiarbeit wegen der verlängerten Arbeitszeit ja gleich bleibt. Wenn Sie so etwas früher zu verantworten hatten, dann sollten Sie das nicht so schnell vergessen. Da ist jede Larmoyanz fehl am Platze.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Was die Krokodilstränen anbetrifft, dass der Digitalfunk noch nicht eingeführt wurde, weise ich dar-

auf hin, dass dieser wirklich eine lange Geschichte hat. Ihre Regierungszeit war diesbezüglich prägend. Sie haben es nicht geschafft – Sie haben im Bund und im Land regiert –, das rechtzeitig in die Wege zu leiten. Noch immer warten wir auf die Vergabeentscheidung der Bundesregierung, in der Sie vertreten sind. Wir sind sozusagen Gewehr bei Fuß. Die 250 Millionen € stehen im Haushalt. Wenn die Entscheidung fällt, sind wir bereit, das umzusetzen. Das Land hat sich hier aus meiner Sicht hervorragend und vorbildlich verhalten. Wir haben kurz nach Antritt unserer Regierung die Mittel in den Haushalt eingebracht. Mehr kann man nicht tun. Wir warten, dass der Digitalfunk kommt.

Meine Damen und Herren, es gilt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Polizei in NRW bestmöglich aufzustellen, deswegen die Konzentration auf die Kernaufgaben – das hat der Kollege Engel sehr deutlich gesagt – und das Dreisäulen-Konzept – Binnenmodernisierung vorantreiben, Straffung der äußeren Struktur und Abbau von innerbehördlicher Bürokratie stärken. Das ist der richtige Weg.

Erfolgskennzahlen sind doch da, das ist von beiden Rednern hier gesagt worden. Wir haben die Anzahl der Polizeiinspektionen von 118 auf 89 verringert. Das bringt Personalgewinne für den operativen Bereich. Wir werden eine entsprechende Straffung der äußeren Struktur vornehmen. Herr Dr. Rudolph, wenn Sie uns an dieser Stelle erzählen wollen, wie reformieren geht, dann frage ich Sie: Was war denn Ihre Reformleistung im Hinblick auf die Anzahl der Polizeibehörden?

Zehn Jahre lang haben wir unter Rot-Grün Stillstand der Rechtspflege erlebt. Wir machen was – und schon sind Sie dagegen. Das ist Ihr gutes Recht. Aber wir werden uns da nicht beirren lassen. Denn da ist auch – Herr Kollege Engel hat es angesprochen – Verwaltungsstrukturreform angesagt. Wenn wir die Mittelinstanzen entschlacken wollen, gehört dazu natürlich auch, dass wir die Polizei in die operativen Ebenen nach unten drängen, dort, wo sie hingehören, dort, wo Synergieeffekte zu nutzen sind.

Richtig ist auch darauf hingewiesen worden, dass wir innerbehördlich Bürokratie abgebaut und unnötige Kennzahlen beseitigt haben.

Wir werden – finanzpolitisch wiederum wichtig – weiterhin 500 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter einstellen.

Die Weiterführung der zweigeteilten Laufbahn ist ebenso gesichert wie die Nachschlüsselung.

Eines ist verwunderlich – da muss ich Sie einmal direkt ansprechen –: Warum haben Sie eigentlich all die Beförderungen, die Sie hier plötzlich einfordern, nicht vor neun Monaten vorgenommen?

(Monika Düker [GRÜNE]: Haben wir ja! Sie haben das doch gestoppt, Herr Wolf!)

Das muss doch wirklich eine wundersame Wandlung sein, wenn man plötzlich entdeckt, dass da ein Stau von Tausenden von Beförderungen besteht. Das nimmt Ihnen draußen keiner ab. Sie können sich gern so positionieren – es wird Ihrer Glaubwürdigkeit nicht nutzen.

Auch um der Wahrheit die Ehre zu geben – das ist wichtig für uns –: Wir haben den Sachhaushalt der Polizei nicht gekürzt. Im Gegenteil: Er ist sogar um 1,2 Millionen € gestiegen. Sie sehen, uns ist die innere Sicherheit sehr viel wert. Uns sind auch die Polizistinnen und Polizisten sehr viel wert. Die Polizei in NRW genießt zu Recht einen guten Ruf. Die Polizei ist gut aufgestellt.

Wir sind aber nicht nur im polizeilichen Bereich tätig, sondern natürlich auch für die Ausstattung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr verantwortlich. Da möchte ich nur ganz beiläufig erwähnen, dass wir in diesem Jahr einen Riesenbeitrag zum Thema Großschadensabwehr leisten: durch die Bezahlung von Katastrophenschutzeinheiten, die wir gerade im Hinblick auf die großen Ereignisse, die in Kürze anstehen, schaffen. Wir werden im Jahre 2006 wiederum 21 Millionen € für Feuer- und Katastrophenschutz zur Verfügung stellen. Im Übrigen werden auch die Kommunen aus der Feuerschutzsteuer 4 Millionen € mehr bekommen.

Sie sehen, wir lassen uns das was kosten. Diese Landesregierung ist sich der Verantwortung für die innere Sicherheit bewusst und schafft die notwendigen haushaltsmäßigen Voraussetzungen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Für eine zweite Intervention der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verwaltungsstrukturreform, die der Innenminister zuletzt angesprochen hat, ist eine, die bis jetzt den Namen nicht verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, eine Verwaltungsstrukturreform, wie wir uns sie vorstellen, ist eine Ver-

waltungsstrukturreform, die eine Aufgabenkritik beinhaltet, die mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gespräch ist, wo zusammen festgestellt wird, was Reformbedarf ist und was nicht Reformbedarf ist.

Aber eine Verwaltungsstrukturreform, wie Sie sie jetzt machen, wo Sie Ebenen zerschlagen, wo Sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion 35 Sonderbehörden und 11 Versorgungsämter quasi auflösen beziehungsweise verlagern, ist keine Reform, sondern ein Hauruckakt. Nicht die Spur einer ordentlichen Aufgabenkritik, nicht die Spur von Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht die Spur eines geordneten und transparenten Vorgehens, sondern einsame Kabinettsbeschlüsse, insbesondere getrieben von der FDP, die offensichtlich wieder das Bedürfnis hat, hier den Nachweis ihrer Notwendigkeit zu erbringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wie Sie mit den Kommunalverwaltungen, wie Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden umgehen, das darf ich Ihnen einmal aus der heutigen Presseschau zitieren:

„Rüttgers sauer: Städtetag fliegt aus CDU-Gremium

Die herbe Kritik des Städtetags Nordrhein-Westfalen an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat ein politisches Nachspiel. Hendrik Wüst, der neue Generalsekretär der Landes-CDU, will die Vertreter des Städtetags künftig von den internen Beratungen des CDU-Arbeitskreises Kommunales und Verwaltungsstrukturreform ausschließen. ‚Wir werden künftig vorab ohne sie tagen‘, erklärte Wüst. ... Es habe sich gezeigt, dass der Städtetag das Insiderwissen aus dem Gremium für seine eigene Argumentation nutze.“

Das ist eine absurde Kritik. Erstens. Sie meinen ganz offensichtlich die Kritik des Städtetages an Ihren Gemeindereformbeschlüssen und an den Gemeindefinanzbeschlüssen und daran, dass Sie immer weitere Aufgaben ohne Finanzausstattung auf die Kommunen verlagert haben.

Zweitens. Selbst wenn der Städtetag Insiderwissen – wie Sie das nennen – für eigene Argumentationen nutzt: Was daran Verwerfliches ist, wie dieser Vorwurf mit einem transparenten Verfahren zusammengeht, das vermag ich, meine Damen und Herren, nicht zu erkennen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie zerschlagen die Umweltverwaltung. Sie zerschlagen sie, ohne nachweisen zu können und ohne nachweisen zu wollen, wie Sie Aufgaben,

die bisher gut erfüllt worden sind, in Zukunft erfüllen wollen. Sie denken überhaupt nicht daran, nachzuweisen, wo die Aufgaben in Zukunft vernünftig wahrgenommen und erfüllt werden. Sie denken auch überhaupt nicht daran, nachzuweisen, warum und mit welchen Folgen Sie 1.000 Leute einsparen wollen.

Das alles ist keine Verwaltungsstrukturreform, sondern das ist, wie ich es eben sagte, ein Hau-ruckakt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn das so weitergeht, wenn Sie in den nächsten Jahren auch den Rest der Verwaltungsstrukturreform so abwickeln, werden Sie auch da den Widerstand der kommunalen Ebene zu spüren bekommen.

Eine letzte Anmerkung von meiner Seite an diesem Punkt: Ich bitte Sie herzlich, wenigstens in Zukunft die Verwaltungsstrukturreform so zu gestalten, dass die Verwaltungsstruktur auch eine kommunale Mittelebene umfasst und nicht allein eine staatliche Ebene. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass Sie etwas privatisieren, dass Sie etwas kommunalisieren und dass Sie den Rest verstaatlichen wollen. Das ist keine Mittelebene, wie Sie sie in der Vergangenheit den Kommunen versprochen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Becker. – Meine Damen und Herren, damit haben wir beim Einzelplan 03 den Bereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“ abgeschlossen.

Ich eröffne dann die Beratung über den **Teilbereich „Sport“**.

Auch hier gibt es Wortmeldungen. Für die SPD-Fraktion beginnt der Abgeordnete Peschkes.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Dieser Sporthaushalt ist kein Meisterstück, er ist nicht mal ein Gesellenstück. Die Qualität dieses Haushaltes entspricht exakt dem Verhalten der CDU, das sie bei den Beratungen im Sportausschuss an den Tag gelegt hat. Ich muss das in Erinnerung rufen. Diese Sitzung war ohne Beispiel.

Ganze sieben Minuten hat die Haushaltsberatung im Sportausschuss gedauert – einschließlich der Eröffnung durch den Vorsitzenden, einschließlich des Berichtes des Innenministeriums. Sieben Minuten lang waren CDU und FDP stumm wie die Fische. Sieben Minuten allerdings, in denen Sie dem Ausschuss und seinen Gästen auch Ihre Arroganz der Macht vorgeführt haben.

(Oh-Zurufe von CDU und FDP)

Sie waren nicht nur sprachlos, Sie haben sich einer Diskussion über den Sporthaushalt schlichtweg verweigert. Sie wollten gar nicht darüber reden, was Sie dem Sport eingebrockt haben. War es etwa Ihr schlechtes Gewissen? – Ich könnte mir das vorstellen. Sie haben gekniffen und waren bockig wie ein kleines Kind.

Das, meine Damen und Herren von der Koalition – das muss ich so sagen –, war einer parlamentarischen Debatte absolut unwürdig. Aber nicht nur in der Form, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, lagen Sie daneben, auch inhaltlich ist dieser Haushaltentwurf ein sportpolitisches Armutszeugnis.

Er entspricht in keiner Weise den frohen Botschaften, die Sie landauf, landab verkünden. Sie reden draußen von dem hohen Gut und der Bedeutung des Ehrenamts und anschließend schlagen Sie hier in Düsseldorf diesem Ehrenamt die Beine weg, indem Sie die Übungsleiterpauschale zusammenstreichen.

(Beifall von der SPD)

Sie reden draußen von der Förderung des Spitzensportes und anschließend kürzen Sie in Düsseldorf die Mittel für die Sportstiftung, die diesen Spitzensport fördert.

(Beifall von der SPD)

Sie reden draußen von Eigeninitiativen und drehen diesen Initiativen im Landtag anschließend den Geldhahn zu. Sie lassen die Landesregierung mit dem Rasenmäher 20 % der Ansätze kürzen und protestieren nicht einmal ansatzweise. Ihnen ist dabei offensichtlich völlig egal, dass Sie über Jahrzehnte gut gewachsene Strukturen zerschlagen oder beschädigen.

Besonders schlimm – muss ich sagen – finde ich die Kürzung der Übungsleiterpauschale; besonders perfide empfinde ich die Art und Weise, wie die Übungsleiterpauschale gekürzt wurde. Sie, Herr Innenminister Dr. Wolf, erklären montags abends bei der Übergabe der NRW-Sportplakette in Bonn, wie wichtig diese ehrenamtlichen Übungsleiter für diese Gesellschaft seien. Sie haben es in einer so eindrucksvollen Art und Weise getan, dass den Gästen fast Tränen der Rührung gekommen sind. Zwei Tage später wird einer staunenden Öffentlichkeit die Kürzung der ohnehin schon nicht üppigen Pauschale präsentiert. Ich frage Sie: Ist das die neue Ehrlichkeit?

(Beifall von der SPD)

Ich erkläre Ihnen aber, was das ist: Das ist eine Ohrfeige für jeden ehrenamtlichen Übungsleiter. Ich füge hinzu: Diese Kürzungen sind nicht nur kurzfristig, sie sind auch gesamtgesellschaftlich in höchstem Maße kontraproduktiv.

Wenn man weiß, dass ein jugendlicher Straftäter das Hundertfache von dem kostet, was eine vorbeugende Jugendarbeit kostet, dann frage ich mich: Wieso gehen Sie diesen Weg, der die öffentlichen Haushalte in der Zukunft so stark belasten wird? – Aber auch das zeigt einmal mehr, dass Sie eine Politik nicht nur ohne Herz, sondern auch ohne jeglichen Verstand betreiben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Parl. Staatssekretär Manfred Palmen)

– Ja, der ist Ihnen manchmal etwas abhanden gekommen, Herr Palmen. Das stimmt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Koalition hat gezeigt, dass sie zu einer konstruktiven Diskussion über den Sporthaushalt nicht bereit und möglicherweise auch nicht in der Lage ist.

Von der viel beschworenen Sportfraktion, Herr Sportausschussvorsitzender Wirtz, ist in diesem Hause nicht mehr viel zu spüren. Die viel beschworene Sportfraktion ist nach diesem ersten knappen Jahr Ihrer Koalition nur noch ein Phantom. Diese fünfte Fraktion gibt es faktisch nicht mehr. Sie haben sie einseitig aufgekündigt. Ich finde das sehr schade, denn es nutzt Ihnen nur wenig, und dem Sport schadet es insgesamt sehr.

Alles in allem halte ich fest:

Erstens. Für den Sport bedeutet dieser Haushaltsentwurf eine Zäsur.

Zweitens. Die Koalition im Sportausschuss hat sich einer Debatte verweigert. Eigene Gedanken sind ihr fremd – von Gestaltungsvorschlägen ganz zu schweigen.

Drittens. Die Gemeinsamkeit der Sportpolitiker in diesem Hause ist Geschichte. – Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Peschkes. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Müller das Wort. Bitte schön.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Peschkes, wenn ich Sie so angehört habe, fällt mir mein alter Spruch ein: Me come the tears. Es

können einem wirklich die Tränen kommen, wenn man hört, wie schrecklich es doch um den Sport steht.

Es bleibt für die CDU-Fraktion dabei: Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das Sportland Nummer eins. Wir haben im Jahre 2006 verschiedene Weltmeisterschaften: Die Fifa-WM, die Fußball-WM für geistig Behinderte, die Hockey-WM, die Reiter-WM. Wir haben über 3 Mio. € ausgewiesen, um diese Ereignisse, die auch schon vorher bekannt waren, ordnungsgemäß durchzuführen.

Diese Weltmeisterschaften sollen und werden neben der Freude an sportlichen Höchstleistungen für Nordrhein-Westfalen die Chance bieten, sich als freundliche und weltoffene Gastgeber zu präsentieren. Diese Sportweltereignisse haben aber auch den Sinn, Menschen – vor allen Dingen junge Menschen – in unserem Lande zu animieren, selbst Sport zu treiben. Die CDU-Fraktion wird sich deshalb noch in diesem Jahr unter anderem intensiv mit dem Thema „Früherkennung und Weiterentwicklung von Talenten“ befassen.

Nun einige konkrete Bemerkungen zum Sporthaushalt: Dabei werde ich mich hier in der Kürze der Zeit auf die Themen Sportpauschale und Übungsleiterpauschale beschränken, zumal die sonstigen Posten auch keine wesentlichen Änderungen enthalten und auch für den Rest keine Änderungsanträge vorliegen.

Zunächst einmal stelle ich fest, dass die Regierungskoalition die Sportpauschale mit ca. 50 Millionen € ausgestattet hat. Das sind sogar 5 Millionen € mehr als bisher, die den Kommunen per Umlage zur Verfügung stehen.

(Beifall von der CDU)

Diese 5 Millionen € hat es vorher auch schon gegeben, aber früher waren diese für von der Landesregierung gesteuerte Projekte, haben den Kommunen also nicht direkt zur Verfügung gestanden. Das ist eine ausgesprochen kommunalfreundliche Maßnahme. Damit hat sich die Lage für unsere Kommunen in der Frage sogar verbessert, und die Planungssicherheit bleibt garantiert. Wir gehen natürlich davon aus, dass die Mittel dann vor Ort entsprechend eingesetzt werden.

Die Höhe dieser Sportpauschale, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, stand von Anfang an der Beratungen nicht zur Disposition, obwohl ein Antrag der SPD dies zu unterstellen versuchte. Dass dieser Antrag – obwohl längst durch den Haushaltsentwurf, übrigens auch im Sinne der SPD, positiv erledigt – dem Sportausschuss dennoch zur Abstimmung vorgelegt wurde, bleibt

nicht nur mir unerfindlich. Soviel zum Thema: Stumm wie ein Fisch. Man muss auch wirklich nicht zu allem Unnötigen, was vorgetragen wird, etwas sagen. Das war völlig überflüssig.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wissen ja, dass Sie da sind. Darüber freuen wir uns auch. Aber dieser Antrag brauchte das nicht noch einmal zu unterstreichen.

Bei der Übungsleiterpauschale sieht der Landeshaushalt eine Kürzung von 1,5 Millionen € vor. Es ist doch klar, dass diese Kürzung bei niemandem Begeisterung hervorruft. Der Grund für diese Kürzung – da erzähle ich nichts Neues, aber es muss noch einmal gesagt werden, weil es einfach richtig ist – liegt wie in allen anderen Bereichen auch hier ausschließlich in der desolaten Finanzsituation, die uns Rot-Grün hinterlassen hat.

Jetzt stellen ausgerechnet diese beiden Fraktionen den Antrag, den letztjährigen Ansatz in Höhe von 7,6 Millionen € wieder herzustellen. Ich sage bewusst: den letztjährigen. Denn der ursprüngliche Ansatz betrug lange Jahre bis 2002 11,7 Millionen € oder früher 23 Millionen DM. Bei Rot-Grün sind die dann schon in den Jahren 2003 bis 2005 sukzessive auf 7,6 Millionen € – das entspricht einer Kürzung von ca. 35 % – reduziert worden.

Wir haben gerade Herrn Peschkes gehört. Ich vermute, Herr Vesper wird diesen Umstand auch noch würdigen. Da kann ich nur sagen: Ausgerechnet diese jahrelangen Dauerkürzer der Übungsleiterpauschale loben hier mit hehren Worten das Ehrenamt und die Bedeutung des Sports, wie wir schon gesehen haben, in auf die Tränenröhren drückender Weise und bejammern, wie schrecklich hier doch alles ist. Da kann ich nur sagen: Hoch lebe der Gedächtnisschwund!

(Beifall von CDU und FDP)

Aber ich sage auch: Die Übungsleiterpauschale ist ein wichtiges Instrument zur Förderung des Ehrenamts im Sport, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Damit dieser Bereich aufgrund der nicht von uns verschuldeten Finanzsituation nicht von der Kürzung betroffen wird, wird das Ministerium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dafür Sorge tragen, dass die Fördermittel für den Kinder- und Jugendbereich nicht weniger werden, und zwar durch Umschichtung der Förderungen. Das Gleiche gilt übrigens auch für den Behindertensport. Betroffen sein wird der Erwachsenensport. Das halten wir aber in dieser Situation auch für vertretbar.

Abschließend stelle ich fest, dass der Sporthaushalt eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung des Sports in unserem Land ist. Wir werden auch weiterhin daran arbeiten: Nordrhein-Westfalen soll Sportland Nummer eins in Deutschland sein und bleiben. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Müller. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sporthaushalt 2006 ist naturgemäß sehr stark geprägt von den anstehenden Großveranstaltungen, von der Fußballweltmeisterschaft, der wir alle entgegenfiebert, aber auch von den Weltreiterspielen, von der Hockeyweltmeisterschaft und von vielen anderen Großveranstaltungen. Da zeigen wir uns in Nordrhein-Westfalen in der Tat von der besten Seite mit einem vielfältigen Programm, das den Gästen aus aller Welt unser Land und dessen Bevölkerung als weltoffene Gastgeber präsentiert. Wir alle freuen uns auf diese Ereignisse im Sport, aber auch auf alles, was drum herum stattfindet. Wir werden uns ja auch hier im Hause an zwei Abenden mit der Fußballweltmeisterschaft in geeigneter Form auseinander setzen. Das ist der positive Teil des Sporthaushalts. Ich kann auch vieles von dem unterstreichen, was der Kollege Müller und der Kollege Peschkes dazu gesagt haben.

Aber natürlich gibt es auch den schon angesprochenen Schatten. Da kann ich nur sagen: Lieber Herr Müller, hoch lebe der Gedächtnisschwund – daraus wird ein Schuh. Lesen Sie sich doch einmal die flammenden Appelle und Reden aus der CDU-Fraktion bei den Beratungen der früheren Haushalte durch.

(Beifall von der SPD)

Das muss Ihnen ja nun wirklich im Halse stecken bleiben, wie sehr die Wichtigkeit der Übungsleiterpauschale gerade von den CDU-Kolleginnen und -Kollegen stets vertreten wurde, von Frau Schraps, aber auch von anderen. Sie waren persönlich noch nicht dabei, aber im Geiste waren Sie wahrscheinlich auch damals schon dabei. Jetzt soll das alles nicht so gewesen sein. Geben Sie es doch zu: Sie sind im Innersten Ihres Herzens – und die Kollegen der CDU im Sportausschuss ebenso – doch für unseren Antrag.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wollen doch selber die Übungsleiterpauschale wieder auf das Vorjahresniveau anheben. Sie haben sich nur in Ihrer Fraktion mit diesem Anliegen nicht durchsetzen können. Das ist ja ehrenwert. Dagegen ist nichts einzuwenden. Jeder von uns unterliegt mal in seiner Fraktion. Dass Sie aber jetzt hier so tun, als wären Sie der Vertreter dieser Kürzung der Übungsleiterpauschale, das nimmt Ihnen doch keiner ab. Insofern ist das eine peinliche Kiste für die Koalition, gerade angesichts dessen, was in den vergangenen Haushaltsberatungen dazu immer gesagt worden ist. Und das lösen Sie jetzt nicht ein.

Man muss an der Stelle auch darauf hinweisen, dass die Kürzungen im Landesjugendplan zusätzlich auch noch einmal die Sportjugend treffen. Das kommt ja noch hinzu. Deswegen ist die Kürzung der Übungsleiterpauschale doppelt schwierig für die Sportjugend. Die können sich für all die Sonntagsreden nichts kaufen. Die können sich nur für das etwas kaufen, was am Ende im Haushalt zur Verfügung gestellt wird.

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, wie auch schon im Sportausschuss, wo die Koalition ihn im Beisein des Präsidenten des Landessportbundes abgelehnt hat. Heute haben Sie noch einmal die Chance, ihn anzunehmen.

Meine Damen und Herren, gesondert müssen wir noch prüfen, wie sich die Kürzungen im Schulsport gestalten. Hier zeichnen sich weit reichende Kürzungen gerade bei den Beraterinnen und Beratern für den Schulsport ab. Das ist ja eine besonders eigenwillige Abschaffung des Beauftragtenwesens, indem man die „Beauftragten“ in „Berater“ umbenennt. Das ist sehr phantasievoll, Frau Kollegin Sommer. Großes Kompliment! Aber dass bei den Beratern und Beraterinnen dann auch noch so stark gekürzt wird, das halte ich für problematisch. Diese so wichtige Arbeit darf nicht mutwillig zerschlagen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darin sehe ich absolut keinen Sinn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sport in Nordrhein-Westfalen zehrt zurzeit noch von den Erfolgen der Vergangenheit. Ich begreife diese Erfolge als Ergebnis der gemeinsamen Sportfraktion in diesem Hause. Was uns die Zukunft hier bringen wird, vermag ich nicht abschließend zu beurteilen. Aber ich hoffe, dass meine optimistische Grundhaltung auch hier nicht enttäuscht wird und man nicht skeptisch werden muss. Da müssen wir wirklich die nächsten Monate miteinander reden und schauen, ob die fünfte Fraktion wirklich tot ist, wie Herr Peschkes das

einschätzt, oder ob man sie nicht doch noch wiederbeleben kann. Ich würde mich freuen, wenn das ginge. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vesper. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sport ist ein klassisches Querschnittsthema. Das reicht von Sport und Bewegung im Kindergarten bis zum Seniorensport, vom Leistungssport bis zum Breitensport, vom Sport, den man aktiv betreibt, bis zu einem Sport, den man passiv genießt.

Der neuen Landesregierung und den Fraktionen von CDU und FDP ist die Förderung des Sportes – sei es finanziell oder durch die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen – besonders wichtig.

Sport hat auch eine Vielzahl von positiven Nebenwirkungen. Hierüber herrschte in der Vergangenheit fraktionsübergreifender Konsens. Sport verbindet Generationen und soziale Schichten. Sport hält die Menschen fit. Sport macht vor allem Spaß.

Eine Reihe von Großveranstaltungen und sportlichen Erfolgen machen Nordrhein-Westfalen in Deutschland zum Sportland Nummer eins.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Heute, meine Damen und Herren, geht es um den Sport im Landeshaushalt. Sport wird im Wesentlichen von privater Initiative getragen. Gerade diese private Initiative und dieses private Engagement gilt es aus unserer Sicht zu stärken und zu fördern.

Meine Damen und Herren, wir als FDP waren uns immer im Klaren, dass jeder in den Sport investierte Euro ein gut investierter Euro ist. Vor dem Hintergrund der von Rot-Grün ruinierten Landesfinanzen ist dies auf lange Zeit keine leichte Aufgabe. Dennoch können Schulen, Vereine, Sportler und Kommunen auf uns als verlässlichen Partner zählen.

Die Förderung des Sports verteilt sich auf verschiedene Ministerien und Einzelpläne. Das im Landes-sportplan zusammengefasste Volumen der Sportförderung beläuft sich für das Jahr 2006 auf über 130 Millionen € Gegenüber dem letzten Haushalt ist dies eine Steigerung von 5,4 Millionen €. Das, meine

Damen und Herren, ist mit Sicherheit eine gute Nachricht.

Gerade der Sport im Bildungsbereich ist für uns von elementarer Bedeutung. Hier konnten die Mittel – ohne die Bezüge der Sportlehrer – um 1 Million € auf 40,7 Millionen € verstärkt werden. Auch die Mittel für den Sportstättenbau mit dem Kernbereich Sportpauschale ist mit über 65 Millionen € um 3,4 Millionen € besser ausgestattet als im vergangenen Haushalt. Auch das, meine Damen und Herren, lieber Herr Peschkes, ist sicherlich eine gute Nachricht.

Dennoch kommt auch der Sport nicht umhin, für seinen Bereich einen Beitrag zur Konsolidierung zu leisten. Um die Finanzierung anderer wichtiger Bereiche zu sichern, ist die Übungsleiterpauschale abgesenkt worden. Aus rein sportlicher Sicht wäre uns allen eine Verdopplung des Ansatzes sicherlich lieber gewesen. Unter den gegebenen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen ist die Reduzierung jedoch vertretbar. Sie ist deutlich geringer ausgefallen als in anderen Bereichen des Haushalts.

Auch die Sportler wissen, dass zehn Jahre rot-grüner Regierung uns zu Einschnitten zwingen. Durch die jetzt vorgesehene Kürzung reduziert sich der durchschnittliche Förderbetrag je Verein um 13 € pro Monat. Dies wird meiner Ansicht nach die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen nicht gefährden, auch wenn die Oppositionsfraktionen bereits den Notstand ausgerufen haben.

Lieber Herr Peschkes, wenn Sie diese Zahl von 13 € pro Monat pro Verein hören, kann das doch nicht wirklich die Begründung für die Aufkündigung der fünften Fraktion in diesem Landtag sein. Herr Peschkes, das ist unsachlich. Das ist rein politisch motiviert. Das sollten Sie sich noch einmal überlegen.

Besonders bemerkenswert ist, dass eine Oppositionsfraktion, deren sportpolitischer Sprecher in der Vergangenheit schon einmal Sportminister war, plötzlich das hohe Lied auf die Übungsleiterpauschale anstimmt, obwohl er selbst bereits 2004 die Übungsleiterpauschale im Haushaltsansatz gänzlich streichen wollte.

Jenseits der nackten Kennziffern wollen wir neue Impulse setzen. Hier seien nur einige Stichworte genannt: Wir müssen bei Talentfindung und Talentförderung die Strukturen überprüfen und weiterentwickeln. Bei der Spitzensportförderung müssen wir effizienter arbeiten. Insbesondere die Vereinbarkeit von Ausbildung beziehungsweise Studium und Leistungssport muss verbessert werden.

In fünf neuen Sportschulen in Nordrhein-Westfalen wollen wir die Förderung des Sports wesentlich ausbauen. Abschließend, meine Damen und Herren, muss man feststellen, dass die neue Landesregierung ihren Auftrag zur Förderung des Sports mit der Vorlage des Haushaltes ausdrücklich erfüllt. Die Rückmeldungen – auch vom Landessportbund –, die wir seit dem Regierungswechsel von der Basis und von Verbänden bekommen, bestätigen uns in unserem Tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun der zuständige Innenminister, Herr Dr. Wolf, das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch der Sport kann bei der Haushaltskonsolidierung nicht ganz außen vor bleiben. Das ist aus den Diskussionsbeiträgen deutlich geworden. Ich möchte mich auf wenige Punkte beschränken, da die meisten Sachverhalte schon gesagt worden sind.

Entscheidend ist, dass diejenigen, die in früheren Zeiten den Grund für die schlechte Finanzlage gelegt haben, nun Kürzungen beklagen, die wir – das ist sehr deutlich geworden – sicherlich nicht gern vorgenommen haben. Das ist völlig klar.

Es ist schon bezeichnend, dass derjenige, der jetzt präsidiert, in seiner früheren Funktion – Kollege Rasche hat es gesagt – die entsprechende Übungsleiterpauschale ganz abschaffen wollte und nun beklagt, dass sie um 20 % gekürzt werden muss. Ich glaube – Herr Peschkes, das ist auch aus Ihren Worten deutlich geworden –, es bringt uns nicht weiter, wenn die Brandstifter hinterher Feuerlöscher spielen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Vorsicht, Vorsicht, Vorsicht!)

Sie haben die Grundlage dafür gelegt, dass wir heute an vielen Stellen – leider Gottes – etwas kürzer treten müssen.

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist zu einfach!)

Mir ist nicht ganz klar geworden, wie die Frage der Jugendverbände von Herrn Dr. Vesper noch einmal aufgebracht werden konnte. Hierbei ist nichts gekürzt worden. Wir haben lediglich eine Erhöhung nicht vorgenommen. Wir haben im Übrigen – das darf ich sehr deutlich sagen – in den letzten Jahren die Gelder gar nicht verausgabt. Es wird niemandem an dieser Stelle ein Nachteil geschehen.

Die Sportpauerschale von 50 Millionen € werden wir weiterhin so dotiert lassen. Was den Schulsport betrifft: Machen Sie sich dazu keine Sorgen. Ich bin mit Frau Kollegin Sommer im Gespräch. Wir werden natürlich versuchen, diesen sehr gut in der Zukunft zu entwickeln.

Für die Fußball-WM geben wir 4,3 Millionen € aus. Das ist ein großer Batzen. Wir haben eine weitere Fußball-Weltmeisterschaft, auf die wir uns freuen, nämlich die Weltmeisterschaft der geistig Behinderten. Wir haben die Weltreiterspiele. Wir haben die Feldhockey-Weltmeisterschaft. Und wir haben auch noch die Polizei-Europameisterschaft im Fußball. – Ein richtiges Jahr des Sportes. Wir freuen uns darauf! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung zum Einzelplan 03.

Wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 03**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge, die Sie der Übersicht unter den Nr. 29 bis 33 entnehmen können.

(Allgemeine Unruhe)

– Meine Damen und Herren, sind Sie bereit, abzustimmen? – Dann beginnen wir mit dem Antrag laufende Nr. 29, Titelgruppe 60 Titel 68 460, einem Antrag der Fraktion der SPD. Sie finden diesen **Antrag** unter **Drucksache 14/1688**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 30, einem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1770**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag mit der laufenden Nr. 31. Hierbei handelt es sich um einen **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1823**. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das ist die Koalition. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag** mit der laufenden Nr. 32 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1781**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind wieder die beiden Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Regierungsfraktionen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 33, ebenfalls einem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1783**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die beiden Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Regierungsfraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 03 entsprechend der Beschlussempfehlung 14/1711. Wer ist für den Einzelplan 03? – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 03** entsprechend der Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

– Dass ich hier noch einmal Beifall erhalte!

(Heiterkeit – Rudolf Henke [CDU]: Und dann von dieser Seite!)

Meine Damen und Herren, ich rufe das

Gemeindefinanzierungsgesetz

auf und weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1717 sowie die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nrn. 34, 35 und 115 hin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Körfges für die SPD-Fraktion das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe viel Verständnis dafür, dass sich die Kollegen der Koalitionsfraktionen beim Thema „Gemeindefinanzen“ gerne geräuschlos aus dem Saal entfernen möchten,

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

bitte allerdings darum, dass das dann wirklich in der angemessenen geringen Lautstärke erfolgt.